

Bulgarien, das ärmste EU-Land, wird Teil der Währungsunion

Technisch ist das Land gut vorbereitet, doch politisch ist die Lage angespannt

CHRISTIN SEVERIN

Am 1. Januar 2026 wird Bulgarien zum Euro-Land und damit das 21. Mitglied des Euro-Raums. Von den 27 EU-Staaten sind dann nur noch 6 Länder nicht Teil der Währungsunion. Sowohl Schweden, Dänemark, Polen, Tschechien, Ungarn als auch Rumänien haben weiterhin eine nationale Währung.

Technisch ist Bulgarien auf den Wechsel gut vorbereitet. Die bulgarische Währung Lew ist bereits seit Jahren fest an die europäische Gemeinschaftswährung gekoppelt. 1 Euro entspricht 1,95 Lewa. Die Regierung band die Landeswährung in den 1990er Jahren eins zu eins an die Deutsche Mark.

Die Bevölkerung kann vor der Einführung Starter-Sets mit nationalen Münzen kaufen. Ein Set kostet 20 bulgarische Lewa und enthält 42 Euro-Münzen im Wert von gut 10 Euro. Erhältlich ist es in Bankfilialen, Postämtern und bei der bulgarischen Zentralbank – allerdings gibt es nicht mehr als zwei Sets pro Person.

Nach der Euro-Einführung gibt es in Bulgarien eine einmonatige Übergangsfrist. In dieser Zeit werden beide Währungen parallel verwendet. Ab dem 1. Februar 2026 ist der Lew kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Dann gilt nur noch der Euro.

Reibungslose Integration

Für viele Ökonomen ist der Fall Bulgarien vor allem deshalb interessant, weil der Beitritt unspektakulär verläuft. Die Europäische Zentralbank wertet das als Erfolg. Der reibungslose Beitritt Bulgariens zeige, dass die Einführung zu einem institutionellen Prozess geworden sei.

Doch die politische Lage ist angespannt. In der Bevölkerung ist die Wut und Frustration über die niedrigen Einkommen und die grassierende Korruption gross. Bulgarien ist laut Transparency International das zweitkorrupteste Land der EU. Nach heftigen Antikorruptionsprotesten ist die Regierung von Ministerpräsident Rosen Scheljaskow Mitte Dezember zurückgetreten und nur noch

übergangsweise im Amt. Im März dürfte es zu Neuwahlen kommen. Es wäre die achte Parlamentswahl in fünf Jahren.

Gegenüber dem Euro ist die Stimmung in der Bevölkerung gespalten. Befürworter argumentieren mit einer stärkeren Integration in den EU-Binnenmarkt, dem Wegfall von Wechselkurst Kosten und steigenden Investitionen aus dem Ausland. Doch ein Teil der Bevölkerung hat Angst vor steigenden Preisen. Das weiss auch die Regierung. Sie versucht, mit einer Informationskampagne dagegenzuhalten. Zudem hat sie angekündigt, bei ungerechtfertigten Preissteigerungen einzuschreiten.

Proteste gegen den Euro werden in Bulgarien vor allem von prorussischen Kräften angeführt. Bei den letzten Wahlen erhielt die prorussische Partei Wiedergeburt 14 Prozent der Stimmen. Sie repräsentiert damit einen kleinen, aber nicht zu unterschätzenden Teil der Bevölkerung. Bleibt die gefühlte Inflation 2026 tief, dürfte sich die Akzeptanz des Euro in der bulgarischen Bevölkerung aber festigen.

Während der Wechsel der Währung in Bulgarien mit den neuen Münzen und Scheinen sehr sichtbar ist, wird sich für den Euro wirtschaftlich nicht allzu viel ändern. Bulgarien hat 6,5 Millionen Einwohner. Der Anteil des Landes am Bruttoinlandprodukt (BIP) des Euro-Raums liegt bei lediglich 0,6 Prozent. Damit ist das Land zu klein, um wesentliche Effekte auf Inflation, Zinsen oder den Wechselkurs des Euro auszulösen.

Bekenntnis zum Westen

Haushaltspolitisch erfüllt das Land die Kriterien: Die Neuverschuldung lag 2024 beim festgelegten Grenzwert. Der Schuldenstand ist mit 23,8 Prozent des BIP verhältnismässig gering. Unter den Euro-Ländern war er nur in Estland niedriger. Das Wirtschaftswachstum lag 2024 mit 3,4 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Mitglieder von 0,9 Prozent. Gemessen am BIP pro Kopf, ist das Land aber immer noch das ärmste der EU.

Wichtiger als die wirtschaftlichen Effekte ist die Signalwirkung des Bei-

tritts zur Euro-Zone. In Bulgarien steht der Euro für Bindung an Europa. Die Währung wirkt als Instrument der Verankerung im Westen.

Während Bulgarien von dieser Bindung zu profitieren hofft, haben die bisherigen sechs Nicht-Euro-Länder der EU keine Eile, ihrerseits diesen Schritt zu tun. Rumänien will den Euro zwar grundsätzlich, doch die Pläne sind vage. Tschechien, Polen und Ungarn haben die Euro-Einführung auf unbestimmte Zeit verschoben. In Dänemark und Schweden hat sich die Bevölkerung in Referenden gegen den Euro ausgesprochen.

Umgekehrt gibt es Länder, die den Euro nutzen, ohne Mitglied der EU zu sein. Sowohl Kosovo als auch Montenegro verwenden den Euro als Zahlungsmittel, ohne der Währungsunion anzugehören. Sie müssen die Euro-Kriterien nicht erfüllen, haben aber auch nicht das Recht, eigene Euro-Münzen zu prägen. Auch die Kleinstaaten Andorra, Monaco, San Marino und der Vatikan verwenden den Euro als Währung.